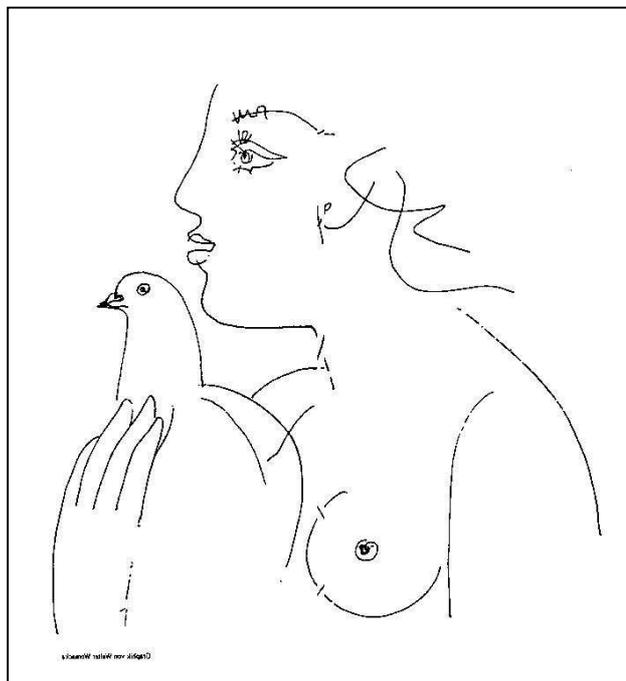


Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums epf

Nr. 180



Willkommenskultur a la EU

Eine Dokumentation

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 10. September 2015

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

60 Millionen Menschen sind gegenwärtig weltweit auf der Flucht. 60 Millionen - das entspricht etwa der Einwohnerzahl Großbritanniens. Um 18 Millionen hat sich die Zahl der Fliehenden gegenüber dem Vorjahr erhöht. Jeder zweite Flüchtling ist ein Kind oder ein Jugendlicher.

Hauptsächliche Herkunftsländer derer, die in Europa Zuflucht suchen, sind Syrien, Afghanistan, Irak und Somalia sowie Sudan, Eritrea, Demokratische Republik Kongo, Mali, Zentralafrikanische Republik und Nigeria. Krieg, Terror und Existenzverlust sind Beweggründe für Flucht und Vertreibung. Zunehmend verlassen auch Menschen aus Ländern des westlichen Balkan ihre Heimat - Rassismus, Verfolgung, Not oder Armut haben sie vertrieben. Unvorstellbare Strapazen liegen hinter ihnen, wenn sie - aus dem Nahen oder Mittleren Osten sowie aus Afrika - über die Türkei griechische Inseln oder über Libyen Lampedusa, Sizilien oder Malta erreichen. Andere versuchen über Marokko in die spanischen Enklaven Ceuta oder Melilla zu kommen.

Nicht Abenteuerlust bestimmt ihr Handeln, sondern der Wille zum Überleben. Europa ist ihre Hoffnung. Von Europa versprechen sie sich ein Leben in Frieden, in Würde und in Arbeit. Von Europa mögen sie Vielversprechendes gehört haben. Die „Charta der Grundrechte der EU“ wird kaum einer von ihnen kennen. In der Präambel der Charta heißt es u.a.: „In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität.“ (1) Der Wunsch, von solchen Werten zu partizipieren, verleiht ihnen die Kraft, unmenschliche Erschwernisse und Behinderungen auf ihrem Weg in die erhoffte bessere, vor allem gesicherte Zukunft zu überstehen. Und dennoch ist es für viele eine Flucht mit ungewissem Ausgang. Für die EU-Staaten ist

1 Europa – Werte, Wege, Ziele, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2006, S. 26

der Massenansturm von mehreren hunderttausend Flüchtlingen eine Jahrhundert - Herausforderung geworden.

Dublin als verfehlte „Vorsorge“ ?

CDU-Politiker haben in den 1990er Jahren möglicherweise gehnt:

- dass die von ihnen, gemeinsam mit den USA betriebene Neuaufteilung der Welt, nicht folgenlos bleiben werde,
- dass Asylsuchende an die Türen von EU - Staaten klopfen könnten,
- dass also politische „Vorsorge“ vonnöten sei.

1990 wurde die Dublin - Konvention der EU - Mitgliedsländer verabschiedet, die 1997 in Kraft trat. Darin wurde festgelegt, dass für einen Asylantrag eines ohne die vorgeschriebenen Papiere eingereisten Migranten der Mitgliedsstaat zuständig ist, „über den er nachweislich eingereist ist.“

Jahre später wurde die Verordnung durch Dublin II und Dublin III fortgeschrieben. Mit dieser Konvention hatten Unions- und SPD - geführte Bundesregierungen einen regelrechten „Vorsorge - Coup“ gelandet, dachten sie.

Die Dimensionen des An- und Zustroms von Flüchtlingen, wie sie sich inzwischen zeigen, hatte man allerdings nicht erahnt. Die Entwicklung sei nicht vorhersehbar gewesen, sagt der deutsche Innenminister de Maiziere heute. Die Hauptankunfts-länder Italien und Griechenland sind total überfordert. „Kritiker warnten damals schon, dass die Staaten an der Außengrenze das nicht bewältigen werden. Deutsche Innenminister von Schily über Schäuble bis zu de Maiziere überhörten das gern, weil Deutschland in seiner Mittellage vom Dublin - System profitierte.“ (2) Die Bundeskanzlerin dagegen gestand ein, dass Dublin nicht mehr gelte. Von dieser Entwicklung sei Deutschland „sehr betroffen.“ (3) Ihr Innenminister ist da anderer Mei-

2 Berliner Zeitung, 29./30. August 2015

3 ZDF, 16. August 2015

nung. Einerseits jammert er: „Es gibt noch keine abgestimmte Position der Bundesregierung.“ (4) Andererseits protzt de Maiziere: „Wir sind nicht überfordert, wir kriegen das hin.“ (5) Das Dublin - Regime soll nicht nur gerettet werden, sondern die Asylpolitik soll weiter verschärft und die Grenzen sollen abgeschottet werden. Sogenannte Aufnahmezentren auch außerhalb Europas sollen eingerichtet werden. In der Türkei und eventuell in Niger. (6) De Maiziere will außerdem „eine europäische Debatte über Standards der Menschenwürde und Leistungen.“ Dazu gehört nach seiner Auffassung, dass für sogenannte Armutsfüchtlinge die Einreise nach Deutschland „keine Option“ sein dürfe. „Wir müssen ihnen schnell sagen: Ihr müsst unser Land verlassen.“ Er verweist auf einen kürzlich von der EU gefassten Beschluss, „Wartezonen“ in Griechenland und Italien „mit europäischer Führung“ zu installieren, um Flüchtlinge „schneller zurückzuführen oder zu verteilen.“ „Aufnahmelager“, genauer: militärisch bewachte „Abschiebelager“ sollen eingerichtet werden. Bei seinem Versuch, Dublin zu retten, stützt sich der deutsche Minister auf eine Festlegung des jüngsten EU - Gipfels: „Alle Hebel müssen in Bewegung gesetzt werden, um die Wiederaufnahme illegaler Migranten in ihren Ursprungs- und Durchgangsländern voranzutreiben.“

Katastrophale Zustände herrschen inzwischen in etlichen EU - Ländern. Auch in mancher deutschen Stadt bot sich dank deutscher Bürokratie ein entsprechendes Bild. Für das entstandene Chaos seien die Flüchtlinge selbst verantwortlich, weil sie „un-solidarisch sind“, behauptet de Maiziere. Sie kämen „ohne ein Recht auf Einreise hierher wegen der hohen Standards“, wird unterstellt.

4 Der Spiegel, 35/2015

5 Berliner Zeitung, 20. August 2015

6 German Foreign Policy 31. August 2015

„Festung Europa“ geht zum Angriff über

Im Oktober 2013, also vor zwei Jahren, hatte die GBM in einer Erklärung unter der Überschrift „Das Mittelmeer darf kein Massengrab werden!“ festgestellt, „dass die menschenverachtenden Antworten der europäischen Länder auf die zivilisatorische Herausforderung den alten Mustern folgen: Mehr Abschottung – mehr Gewalt an den Grenzen.“ Dabei ist es geblieben. In den vergangenen zwei Jahren ist die Zahl der im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlinge sprunghaft gestiegen. Die internationale Journalisten - Gruppe „Migrants Filex Project“ gibt ihre Zahl jetzt mit etwa 28.000 an.

Ungeachtet dessen werden seitens der Friedensnobelpreisträgerin EU militärische Abschottung und Abschreckung gegen die nach Europa drängenden Flüchtlinge verstärkt.

Zu einem der wichtigsten Abschottungs-„Hebel“ gehört die 2004 geschaffene EU - Grenzschutzagentur „Frontex“- . Sie hatte sich aber angesichts der stark steigenden Zahl von Flüchtlingen für die Brüsseler Strategen als zu durchlässig erwiesen. Daraufhin startete Italien 2013 das Seenotrettungsprogramm „Mare Nostrum“. 9,3 Millionen Euro wurden dafür aufgewendet. Zu teuer, befand de Maiziere. Ende 2014 wurde das Programm eingestellt. Übrigens: Für den zweitägigen G-7-Gipfel in Elmau wurden etwa so viel Mittel verausgabt, wie für ein Jahr „Mare Nostrum.“ Der Gipfel, den Pro Asyl“ als „Gipfel der Schande“ bezeichnete, beschloss die „Errichtung strukturierter Grenzzonen und -anlagen in den an der Frontlinie liegenden Mitgliederstaaten.“ Und so wird von der EU weiterhin „in die Aufrüstung der Grenzen“ investiert. Frontex“ „kostet inzwischen über 86 Millionen Euro jährlich. Das Überwachungssystem Eurosur wird mit einem jährlichen Aufwand von 338 Millionen unterhalten.

Gut eine Milliarde Euro flossen bislang aus einem EU- Fonds für die Grenzsicherung der Festung Europa. (7) In die For-

schung zur Verschärfung dieser Maßnahmen wurden in den vergangenen sechs Jahren nahezu 1,3 Milliarden gesteckt. (8) Ende 2014 setzte die EU an die Stelle von „Mare Nostrum“ das Programm „Triton“. Seine vorrangige Aufgabe: Nicht Schiffbrüchige retten, sondern die „Festung Europa“ besser abschnitten. Das Monatsbudget betrug dafür zunächst 2,9 Millionen Euro. Inzwischen wurden die Mittel für „Triton“ verdreifacht. Die Fluchtrouten sollen genauer festgestellt werden. In Rom wird eine Kommandozentrale eingerichtet. Die Mission heißt EUNavForMed, Europäische Unions-Marinestreitkraft Mittelmeer “. (9)

Die EU will die Hauptfluchtwege von Libyen nach Italien und Griechenland möglichst total kappen. Der Hauptstoß richtet sich gegen die Schlepperbanden, die aus der Not der Flüchtlinge ein einträgliches Geschäft machen. Beschlossen ist ein vierstufiger Militäreinsatz an Libyens Küsten. Nach „Aufklärung“, die zunächst regelmäßige Schiffskontrollen umfasst, sollen Militäroperationen auf libyschem Territorium erfolgen. Schiffe und Boote der „Schmugglernetzwerke“ sollen vernichtet sowie Hafenanlagen, Ablegeplätze an Stränden und Treibstofflager liquidiert werden. Drohnen und Satelliten sollen zum Einsatz kommen. Der deutsche Außenminister meint: „Wir brauchen Absprachen mit UNO und Libyen“. Am besten wäre ein UNO-Mandat, so Steinmeier. (10) Ihm schweben offenbar Landinterventionen in Libyen vor. Die Bundesregierung bereitet gegenwärtig ein Mandat für die Beteiligung der Bundeswehr vor. (11) Mit zwei Marineeinheiten ist Deutschland schon im Einsatz. Mitte Mai meldeten sie erste Erfolge: Die ersten Schlepperboote waren versenkt worden. Es sollen weitere Marineeinheiten und Drohnen zum Einsatz kommen. Die Außenbeauftragte der EU, Mogherini, hatte im Mai die „Mission“ EUNavForMed“ als

8 AFP, 16. August 2015

9 Der Spiegel, 26/2015

10 Berliner Zeitung, 17. Mai 2015

11 Junge Welt, 4. September 2015

„robusten Militäreinsatz“ angekündigt. Der Tod von weiteren Tausenden Flüchtlingen wird dabei offensichtlich in Kauf genommen, denn nach wie vor zwingt die EU Flüchtlinge tödliche Routen zu wählen, um nach Europa zu kommen. Eine legale Einreise bleibt ihnen verschlossen.

Die Aufgabe von „Mare Nostrum“ und der Übergang zum „robusten Militäreinsatz“ bezeichnet der Priester und Gründer der Entwicklungshilfeagentur Habeshia (AHCS) Don Zerai als „eine Kriegserklärung an die Flüchtlinge und Migranten. Sie im Meer ertrinken zu lassen, ist nur eine passive Art der Kriegführung, eines unerklärten Krieges.“ (12)

Zäune und Tränengas als „Willkommenskultur“

EU-Europa feiert sich im Lissabon-Vertrag als „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen.“ Papier ist geduldig. Der Beschluss des G-7-Gipfels von Elmau, „strukturelle Grenzzonen und -anlagen“ zu schaffen, drückt eine andere Wirklichkeit aus. Grenzzonen und Grenzanlagen illustrieren das heutige EU-Europa.

- Spanien errichtete zur Abwehr der Flüchtlingsbewegung für 30 Millionen Euro ein 12 Kilometer langes, sechs Meter hohes und mit NATO-Stacheldraht gesichertes Bollwerk an der Grenze zu Melilla.
- Griechenland zog einen Drahtwall an der Grenze zur Türkei.
- Mazedonien setzte an seiner Grenze zeitweilig Polizei und Militär sowie Tränengas gegen die nach Norden drängenden Flüchtlinge ein.
- Bulgarien schuf im Rahmen eines „Eindämmungsplanes“ einen 30 Kilometer langen Metallzaun, der auf 160 Kilometer erweitert werden soll.
- Ungarn baute einen 175 Kilometer langen Zaun an der Grenze zu Serbien. Eine vier Meter hohe Sperranlage soll später hinzukommen. Außerdem wird ein mehrere tausend Polizis-

ten umfassendes „Grenzjägerbataillon“ aufgestellt. Der Staatspräsident des Landes, Ader, diffamiert die Flüchtlinge als „Belagerer“. Ab 15. September soll „illegaler Grenzübertritt“ mit bis zu vier Jahren Gefängnis bestraft werden.

- Die Slowakei will nur Christen aufnehmen. Muslime werden abgelehnt.
- Großbritannien und Frankreich beschlossen die Grenze zwischen beiden Ländern abzuschotten. Die französische Küste wird militärisch abgesichert. In Großbritannien sollen Haus- und Wohnungseigentümer, die an „illegale“ Migranten vermieten, künftig mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. Löhne illegaler Einwanderer werden beschlagnahmt. (13)

Die EU-Kommission legte eine Quoten - Regelung für eine „gerechte Verteilung“ der Flüchtlinge auf die EU - Mitgliedsstaaten vor. Danach soll sich die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge für die einzelnen Länder nach deren Bevölkerungszahl, dem Bruttoinlandsprodukt und der Arbeitslosenquote richten.

Ungarn, Polen, die Slowakei, Tschechien und die Staaten des Baltikums lehnen bisher eine Quotenregelung grundsätzlich ab. Großbritannien, Irland und Dänemark sind laut EU- Verträgen von der gemeinsamen Asylpolitik ausgenommen.

Italien und Griechenland, die die Hauptlast der Flüchtlingsbewegung tragen, befürworten die Quotenregelung.

EU - Präsident Juncker, der die EU hochtrabend als „Leuchtturm der Hoffnung und Hafen der Stabilität“ lobte, sprach von 125.000 Flüchtlingen, die auf die Mitgliedsländer verteilt werden sollen. In Berlin wird dagegen von 800.000 noch in diesem Jahr zu erwartenden Flüchtlingen gesprochen. Und so wird im Bundestag ein sogenanntes Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung vorbereitet.

Das Gesetz soll die Sanktionsmöglichkeiten gegen Flüchtlinge erweitern. Unterdessen irren zehntausende Flüchtlinge durch

Europa, kampieren unter freiem Himmel, oft ohne Nahrung und Wasser. Brutaler Polizeieinsatz in einzelnen Ländern tritt humanitäre Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen mit Füßen.

Der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Migranten, Cre'pau, erklärte: "Zäune zu errichten, Tränengas einzusetzen und andere Formen der Gewalt gegen Migranten und Asylsuchende, Festnahmen und die Verweigerung des Zugangs zu Obdach, Nahrung oder Wasser sowie Drohungen und Hassreden werden Migranten nicht davon abhalten, nach Europa zu kommen oder dies zu versuchen." (14)

„Kategorisierung“ als Mittel der Spaltung

Der deutsche Innenminister bereitet im Auftrag seiner Regierung nicht nur Gesetze gegen das Asylrecht vor. Gehandelt wird auch nach der bekannten Methode „Teile und herrsche!“ So verfolgt die Maiziere eine Strategie, Flüchtlinge gegeneinander auszuspielen. Und so wird unterschieden in „schlechte“ und in „gute, integrierbare“ Flüchtlinge. Bei der zweiten Kategorie handelt es sich um Flüchtlinge, die „besonders gut in die deutsche Wirtschaftslandschaft passen.“ (15) Das deutsche Kapital braucht geeignetes Humankapital. CDU - Präsidiumsmitglied Spahn definiert das so: „Es soll natürlich nicht jeder kommen können, und dann schauen wir mal, ob er bestimmte Kriterien erfüllt, sondern es muss am Ende auch bedarfsgerecht sein. (16) Auch die Landesregierungen von Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Sachsen-Anhalt verstehen „Willkommenskultur“ so. Sie gaben zu verstehen, dass sie nur Flüchtlinge aufnehmen wollen, die „wirtschaftlich nützlich“ sind.

„Die deutsche Wirtschaft ist auf Zuwanderung angewiesen“,

14 Junge Welt, 26. August 2015

15 Berliner Zeitung, 20. Juli 2015

16 DLF, 16. Januar 2015

schreibt „Der Spiegel“ „ – aus Europa ebenso wie aus Ländern, deren Bürger heute vor allem über das Asylrecht kommen. Weil die deutsche Bevölkerung schrumpft, können viele Stellen nicht mehr besetzt werden. Fachkräfte werden zunehmend rar... Beständig steigt die Zahl der offenen Stellen, im Juli waren es nahezu 600.000.“⁽¹⁷⁾ Die Bundesagentur für Arbeit tritt mit der Idee auf, „hoch qualifizierten Flüchtlingen neue Zugangswege zum Job-Markt“ zu verschaffen. Die Blue Card zur Anwerbung von Fachkräften aus dem Reservoir der Flüchtlinge kommt ins Spiel. Innerhalb der SPD streitet man sich darüber, ob nicht „die Hürden“ für Fachkräfte „über die derzeitige Blue-Card-Regelung zu hoch“ wären. Ein Punktesystem für Bewerber mit Mangelberufen sollte bevorzugt werden.⁽¹⁸⁾

Der Konfliktforscher Zick vom Rat für Migration kommentiert die von der Politik dargebotene Szene mit den Worten: „Das ist Sklavenmarktmentalität.“ Das Wort vom „Nützlichkeitsrassismus“ ist auch schon mal gefallen. Wer nicht „bedarfsgerecht“ ist, wer die Kriterien, die das System an Humankapital stellt, nicht erfüllt, der gehört zu den „schlechten“, den „überflüssigen“ Flüchtlingen. Und die haben in Deutschland nichts zu suchen.

Dazu einige Realitäten:

Nicht einmal zwei Prozent aller Flüchtlinge der Welt leben gegenwärtig in Deutschland. Mit rund 217.000 anerkannten Flüchtlingen und etwa 226.000 Asylbewerbern stand die BRD Mitte des Jahres weltweit auf Platz 36. „Die ersten 30 Länder dieses Rankings sind fast ausnahmsweise Entwicklungsländer, viele davon gehören zu den ärmsten Staaten der Welt. Betroffen vom Flüchtlingsstrom sind also vor allem Aufnahmeländer, deren finanzielle Möglichkeiten deutlich geringer sind als die unseren.“⁽¹⁹⁾

17 Der Spiegel, 35/2015

18 Berliner Zeitung, 3. Februar 2015

19 Der Spiegel, 34/2015

Und noch eine Wahrheit, die aus einer bürgerlichen Zeitung, in der die „Schere im Kopf“ nicht residiert, wiedergegeben werden soll: „Anders als nicht nur von manchen AfD-Politikern und anderen ewigen Deutsch-Nationalen behauptet, bedeuten Zuwanderer keine Überbelastung der Sozialsysteme, im Gegenteil: 6,6 Millionen Menschen ohne deutschen Pass haben im Jahr 2012 für einen Überschuss von 22 Milliarden Euro gesorgt. Jeder in Deutschland lebende Ausländer zahlt pro Jahr durchschnittlich 3.300 Euro mehr Steuern und Sozialabgaben als er an staatlichen Leistungen erhält.“ (20) „Dadurch erzielte der Staat Milliardenereinnahmen. Im Jahr 2012 betrug der Überschuss 22 Milliarden Euro, Tendenz steigend.“ (21)

Die Mär von den „sicheren Herkunftsländern“

Die Bundesregierung versucht auch auf eine andere Weise, Asylbewerbung zu blockieren. Neben der Einteilung der Flüchtlinge in „brauchbare“ und „unnütze“ hat sie auch eine Debatte um „sichere Herkunftsländer“ entfesselt. Flüchtlinge aus Ländern des „Westbalkans“ werden als „Asylbetrüger“ hingestellt.

Zu den „Ländern des Westbalkans“ werden etliche der acht Kleinstaaten gerechnet, die nach der NATO-Zerstörung der Bundesrepublik Jugoslawiens entstanden sind. Die BRD trug wesentlich zur Spaltung des Landes bei. Und zwar indem sie mit ihrem damaligen Außenminister Genscher – entgegen der Position der USA und von EU-Mitgliedern – eine schnelle diplomatische Anerkennung von zwei Republiken der jugoslawischen Föderation vollzog. Das und die folgenden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Teilrepubliken und schließlich der völkerrechtswidrige NATO-Überfall auf Serbien führten zur Kleinstaaterei auf dem Balkan. Dem damaligen US-Präsidenten Clinton wird nachgesagt, dass er Ende der 1990er

20 Berliner Zeitung, 28. November 2014

21 Berliner Zeitung, 1. September 2015

Jahre frohlockte, kleine Staaten würden besser zu beherrschen sein. Das Schicksal der betroffenen Menschen interessierte nicht.

Nach der Zerstörung Jugoslawiens ergab sich für etliche der neuen Staaten infolge ernster struktureller Probleme eine katastrophale wirtschaftliche Lage. Für Strukturpolitik und Regionalförderung fehlt das Geld. Hinzu kommt, dass Länder, die für eine EU -Mitgliedschaft kandidieren, im Ergebnis der von Brüssel diktierten „Reformen“ sozialen Verwerfungen unterworfen sind. So „ist es seit dem Ausbruch der Krise zu einer drastischen Verschlechterung der sozialökonomischen Lage in den Ländern gekommen.“ (22)

Unter der Überschrift „Die Wirtschaft bricht ein“ wies „Zeit online“ nach, dass 2014 das Bruttosozialprodukt der Westbalkan - Staaten noch immer unter dem Niveau von 1989 lag, als der Zerfall Jugoslawiens begann. Ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung und 50 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos. (23)

Im Gegensatz zur Zeit der Bundesrepublik Jugoslawiens herrschen in einigen Staaten – vor allem in Bosnien-Herzegowina - Übergriffe auf ethnische Minderheiten. Angriffe auf muslimische Einrichtungen und Symbole häufen sich. Arbeitsstellen sind infolge der Abgrenzung der Volksgruppen nur untereinander zu erhalten. Besonders Roma sind davon betroffen. (24)

Im Kosovo müssen 43 Prozent der Menschen mit 1,4 Euro pro Tag ihren Lebensunterhalt bestreiten. Die Arbeitslosigkeit liegt real bei 50 Prozent, die der Jugendlichen bei 75 Prozent.

In Bosnien-Herzegowina beträgt die Arbeitslosigkeit 40 Prozent, die der Jugendlichen liegt bei 60 Prozent.

In Mazedonien ist Diskriminierung und soziale Ausgrenzung ebenfalls verbreitet. Hassverbrechen gegen Roma sind an der

22 EurActiv, 7. Mai 2015

23 Zeit online, 25. August 2015

24 Berliner Zeitung, 28. Juli 2015

Tagesordnung, wie ein Gutachten von Pro Asyl feststellt.

In Serbien sind diesem Gutachten zufolge staatliche Verfolgungen und Übergriffe gegen Minderheiten üblich. Es herrsche ein Klima der Intoleranz. Angehörige der Roma sind mit rassistischer Hetze und Gewalt konfrontiert.

In Montenegro herrscht im strukturschwachen Norden eine besonders angespannte Situation. Die Abgrenzung der Volksgruppen schafft zusätzliche Probleme.

Ungebetene „Wirtschaftsflüchtlinge“

Das Evangelische Hilfswerk „Brot für die Welt“ weist darauf hin, dass nicht nur Krieg und Terror, sondern auch Armut und Not Ursachen der Flucht von Menschen sind. (25) Die deutsche Bundesregierung, die sich immer wieder als globale Gralshüterin der Menschenrechte hochstilisiert, stellt sich gegen das auch durch ihre Expansionspolitik angerichtete Elend taub.

Die SPD-Führung ihrerseits hat noch einmal ausdrücklich erklärt, „dass wirtschaftliche Motive für den Zuzug keinen Anerkennungsgrund im Asylrecht darstellen.“

In den Debatten der vergangenen Wochen spielen Asylbewerber aus afrikanischen Staaten kaum eine Rolle.

Doch neben dem Terror in einigen Ländern des Kontinents, ausgeübt durch Warlords oder dschihadistische Banden in unterschiedlicher Schattierung, sind es vor allem die von der EU und Konzernen aus EU-Ländern betriebene Ausbeutung wichtiger Ressourcen Afrikas, sind es die von Lebensmittelkonzernen praktizierte Exportpolitik, das von internationalen Konzernen geübte Landgrabbing und das Überfischen an den Küsten Afrikas, die immer mehr Menschen in den Ruin treiben.

Die Internet - Plattform „German - Foreign - Policy.com“ informiert am 9.9. 2015 darüber, dass nach einer aktuellen Untersuchung des Berliner "World Food Institutes" infolge der Trans-

formation der afrikanischen Landwirtschaft die Vertreibung von Millionen Kleinbauern drohe. Die Profitinteressen von Agrarunternehmen aus der EU wirken als „als Brandbeschleuniger für die Flüchtlingsströme nach Europa“.

Das Evangelische Hilfswerk „Brot für die Welt“ kritisiert in gleicher Weise die unfaire Handelspolitik der EU und internationaler Konzerne. Die EU gefährdet, ja, zerstört mit Freihandels- und Investitionsabkommen, Exportsubventionen und Zollerleichterungen für die westlichen Exporteure, seit Jahr und Tag Existenzgrundlagen von Kleinbauern und die ihrer Gemeinschaften. Die Importe billiger EU-Agrarprodukte macht afrikanische Kleinbauern konkurrenzunfähig und zwingt sie zur Aufgabe.

Hinzu kommt das in großem Stil praktizierte Landgrabbing, was oft entschädigungslose Enteignung von Acker- und Weideland einschließt. Als Akteure sind in den vergangenen Jahren internationale Agrarkonzerne, Banken oder Pensionskassen sowie nationale Eliten emsig bemüht gewesen fruchtbare Ackerböden an sich zu reißen. 220 Millionen Hektar nennen sie jetzt ihr Eigen. Die EU hat – vergleichsweise – etwa 180 Millionen Hektar Ackerland. Schon vor drei Jahren beschrieb die Menschenrechtsorganisation FIAN die Situation so: „In den vergangenen Jahren haben BäuerInnen, HirtInnen, FischerInnen, Landfrauen und indigene Gemeinschaften ihren traditionellen Zugang zu Land, Wasser, Weideflächen, Fischgründen und Wäldern verloren, einschließlich ihres Rechts darüber zu entscheiden, wie, wann, von wem und zu welchem Zweck diese natürlichen Ressourcen genutzt werden dürfen. Diese Kontrolle haben in- und ausländische Konzerne, Finanzinstitutionen oder Regierungen übernommen, um industrielle und landwirtschaftliche Großprojekte voranzutreiben, die als Investition in ländliche Entwicklung angepriesen werden. Jedoch sind dies meist keine Investitionen, von denen die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung, vor allem die ärmsten und verwundbarsten Gruppen, profitieren könnten. Vielmehr stellt dieser

Prozess eine neue Welle von globalem Land- und Wasserraub dar, der eine Vielzahl negativer Folgen für die Umwelt, Menschenrechte und lokale Ernährungssicherheit hat.“ (26) Die Lage ist für die Betroffenen nicht besser geworden. Ihre Zahl ist nur größer geworden. Mit korrupten Beamten der jeweiligen Regierungen werden günstige Vereinbarungen getroffen, die den Landraub profitabel machen. Deutschland ist mit der Zahl entsprechender Verträge Spitzenreiter. Durch sogenannte Stabilisierungsklauseln werden Investoren gegen Gesetzesänderungen im Zielland immunisiert (z.B. hinsichtlich der Lohnpolitik, der Regulierung von Wassernutzungsrechten usw.) Die Politik des Landgrabbing trug dazu bei, dass nunmehr die EU „der weltweit größte Importeur von Lebensmitteln (ist). Fast 60 Prozent der Fläche, die die EU für den Konsum land- und forstwirtschaftlicher Produkte benötigt, liegt außerhalb der Grenzen Europas.“ (27)

Beispielsweise sind im ohnehin armen Mali, das „seit den 1980er Jahren immer wieder brutal durch die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme von IWF, Weltbank & Co in Mitleidenschaft gezogen“ wurde, ganze Dörfer dem Landgrabbing zum Opfer gefallen. (28) Mali ist eines der Hauptherkunfts-länder vieler Bootsflüchtlinge.“

In Uganda wurden tausende Kleinbauern enteignet, weil die Regierung größere Ländereien an einen Kaffee-Konzern verpachtet hatte.

Seit etlichen Jahren vollzieht sich auch die Vernichtung von Existenzen afrikanischer Fischer infolge der rigorosen Ausbeutung westafrikanischer Küstengewässer durch die deutsche bzw. EU-Fischereiindustrie. Die Überfischung der Meere Westafrikas durch industrielle Fangflotten aus der EU, die mit Millionensubventionen aus dem Brüsseler Haushalt gefördert wird,

26 FIAN fact sheet, 2012/11

27 ebenda

28 attac, Bundesbüro, Juli 2015

überfordert und ruiniert die einheimischen Fischer. Allein an der Westküste Afrikas werden den 1,5 Millionen einheimischen Fischern durch die europäischen Fischfang-Praktiken immer mehr die Lebensgrundlagen entzogen. Immer wieder suchen westafrikanische Fischer, die aufgrund der europäischen Fangaktivitäten ihre Familien nicht mehr ernähren können, ihre Boote zu nutzen, um in die EU zu entkommen und dort ein erträgliches Auskommen für sich und ihre Angehörige zu finden. (29) Nach Europa fliehen auch Afrikaner, die von den Hungerlöhnen, die sie erhalten, ihre Familien nicht mehr ernähren können.

Wirtschaftliche Motive ergeben „für den Zuzug keinen Anerkennungsgrund im Asylrecht“, meint die SPD-Führung. Was gelten schon Menschenrechte, wenn es um Profite der Konzerne und um Wohlstand für Ober- und Mittelschichten geht. CSU-Entwicklungsminister Müller hat, als ihn offenbar mal das Gewissen plagte, eingestanden: „Wir Europäer haben wertvolle Ressourcen zu Niedrigstpreisen bekommen und den Arbeitskräften Sklavenlöhne gezahlt. Auch auf dieser Ausbeutung gründen wir in Europa unseren Wohlstand.“ (30) Den Opfern dieser Politik, die um Arbeit in der EU bitten, eine Arbeit, die den Mann und die Familie ernähren, wird Absage und Abschiebung erteilt.

Solidarität der Vernunft - gegen Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit.

Mit wenigen Ausnahmen weckt die gegenwärtige Art und Weise der medialen Darstellung der Flüchtlingsproblematik und die aktionistischen Reaktionen der politischen Eliten in der BRD und in anderen Ländern der Europäischen Union zwar Emotionen wie Betroffenheit und Mitleid, vermitteln aber in keiner Weise die Ursachen und Hintergründe der Probleme.

29 www.ffm-online.org

30 EurActiv, 27. April 2015

Gleichermaßen fördern sie in der Gesellschaft unterschwellig vorhandene Ablehnung von Fremdländischem. Rechtspopulistische und neofaschistische Kräfte schüren auf diesem Boden offene Fremdenfeindlichkeit.

Umso größer muss der Respekt und die gesellschaftliche Anerkennung jener Menschen und gesellschaftlichen Organisationen sein, die sich tatkräftig an die Seite der schutzlosen und bedürftigen Flüchtlinge stellen und vielfältige solidarische Hilfe leisten – oft von der Bürokratie behindert oder von anderen als Verräter beschimpft. Diese Menschen demonstrieren Gewissen und Verantwortung, die in den großen, offiziellen Deklarationen so gern als die Werte schlechthin postuliert werden. Sie brauchen eine allseitige und tätige Unterstützung auch von jenen Menschen, die heute noch oft verunsichert durch die Berichterstattung und manche offizielle Verlautbarung beiseite stehen, mit Unbehagen die Entwicklung verfolgen oder falschen rechtspopulistischen Losungen Glauben schenken.

Jetzt ist in manchen Medien zu vernehmen: „Deutschland ist entsetzt. Rassistischer Nazi-Mob legt kaltblütig Brände und verübt Mordanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte.“ Das dargebotene Entsetzen kann über den Grundstock, über die Saat, die Führungskräfte der sogenannten Volksparteien mit ihren fremdenfeindlichen Äußerungen gelegt haben, nicht hinwegtäuschen.

Auch die Töne, die angesichts der Flut von Flüchtlingen aus dem Berliner Regierungsviertel und aus den Zentralen der Koalitionsparteien zu vernehmen sind, und die entsprechende Asylpolitik stiften oft Verwirrung und nähren fremdenfeindliche Ressentiments.

Führende Politiker traten in den vergangenen Jahren immer wieder als Stichwortgeber hervor. Erinnerung sei an Stoibers „Warnung“ vor der „durchmischten und durchrassten Gesellschaft“. Oder an Rüttgers „Kinder statt Inder“. Der frühere Berliner CDU-Landesvorsitzende Landowski verfiel in puren Ras-

sismus, als er Immigranten als „Gesindel“, „Ratten“ und „Müll“ verunglimpfte, „das beseitigt werden“ müsse.

Schröders Ausruf „Das Boot ist voll“ gehörte zu dieser Stimmungsmache. Die Friedrich-Ebert-Stiftung stellte vor Jahren fest, dass Ausländerfeindlichkeit in Deutschland „kein Randproblem, sondern eins aus der Mitte der Gesellschaft“ sei. In jüngster Zeit haben die Unionsparteien und die SPD ihren ausländerfeindlichen Kurs verstärkt.

Die CSU hatte im vergangenen Jahr auf ihrer Kreuther Klausurtagung zur Asylpolitik die Parole ausgegeben: „Wer betrügt, fliegt!“ Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Seehofer konkretisierte: „Jetzt geht es um massenhaften Asylmissbrauch.“ (31) Er lancierte zugleich die Idee, Asylbewerber in Bayern in Lagern zu internieren. Kurz darauf forderte er die Einrichtung von grenznahen Auffanglagern für Flüchtlinge, die seiner Meinung nach keine Aussicht auf Aufnahme hätten. SPD-Vorsitzender und Vizekanzler Gabriel unterstützt die Verschärfung der Abschiebungsregeln. Da konnte die Kanzlerin sich nicht länger in Schweigen hüllen. „Wir können nicht jedem, der glaubt, dass hier wirtschaftlich die Dinge besser laufen, dass man eine Chance auf einen Arbeitsplatz hat, Asyl gewähren“, erklärte sie im ZDF-Sommer-Interview. (32)

CDU-Innenexperte Bosbach fühlte sich gefordert, um immer mehr verängstigter Volksseele Gehör zu verschaffen. Deutschland leiste „in beispielloser Weise“ Hilfe und komme nun „an die Grenze der Belastbarkeit“, behauptete er. Er fügte hinzu, dass wir „nicht alle sozialen Probleme dieser Welt“ lösen können. (33) Die Spitzenvertreter der Unionsparteien, die mit ihrer neoliberalen Politik im In- und im beherrschten Ausland millionenfach Prekariat schaffen, versuchen sich als besorgte Vertreter von grenzüberschreitender Sozialfürsorge darzustellen. Nur

31 Münchner Merkur, 25. Juni 2015

32 ZDF, 16. August 2015

33 Der Spiegel, 34/2015

gebe es da die „Grenze der Belastbarkeit“. Weshalb Seehofer noch einmal unterstrich: „Wir sind nicht das Sozialamt für die ganze Welt.“ (34) Innenminister de Maiziere schlussfolgerte: „Wir müssen uns das Taschengeld (für Asylbewerber) genauer ansehen.“ (35) Dessen Höhe beruht übrigens auf einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Es darf nicht übersehen werden, dass solche und ähnliche Verlautbarungen „Wasser auf die Mühlen“ der verschiedenen fremdenfeindlichen und neofaschistischen Kräfte ist.

Derart ideologisch aufgetankt krakeelten die Anhänger von Pegida - es drohe die „Islamisierung des Abendlandes“ Da hetzten die NPD und Führungskräfte der AfD, von „Pro Deutschland“, rechte Hooligans, Skinheads, „Freie Kameraden“, „Die Rechte“, Anhänger von „Gemeinsam-Stark-Deutschland“, die „Identitäre“ Bewegung Deutschland“, der Block „Der III. Weg“ und wie sie sich nennen, Einwanderung zerstöre das „deutsche Nationalgefühl“, gefährde die „deutsche Souveränität“, bedeute „Verschmutzung“ und „Kriminalität“. „Bürgerinitiativen“ werden gegen Flüchtlingsunterkünfte gebildet, um „besorgten Bürger“ in ihrem Protest gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften Stimme zu verleihen. Als Organisatoren und Hintermänner der „Initiativen“ erweisen sich zumeist Mitglieder der NPD.

Worin die Rechtsextremisten gewährte Meinungsfreiheit mitunter bereits gipfelt, zeigt das folgende empörende Beispiel: Da kann ein gewisser Herr Mannheimer im Internet einen Aufruf zum „bewaffneten Widerstand“ veröffentlichen. Seine Begründung: „Entgegen des Willens des deutsche Volkes wurden Millionen Menschen hier hereingeschafft, die unsere kulturellen und zivilisatorischen Werte verachten und unsere europäische Kultur ... abschaffen wollen zugunsten des barbarischen Systems Islam.“ Der Zeitpunkt sei gekommen zur „schonungslo-

34 ebenda

35 www.focus.de>Politik>Deutschland

sen Anwendung des Widerstandsrechts aller Deutschen.“ Dieses Recht erlaube „den Kampf ausdrücklich mit allen Mitteln, auch bewaffnet und unter den Bedingungen eines Bürgerkriegs.“ Abschließend heißt es: “Bürger Deutschlands! Polizeien Deutschlands! Soldaten und Offiziere Deutschlands! Erhebt euch! ... Greift zu den Waffen, wenn es keine anderen Mittel gibt.“ Ein Düsseldorfer Imam zeigte den Mannheimer wegen Volksverhetzung an. Ein Heilbronner erließ einen Strafbefehl, verbunden mit einer Geldstrafe von 2.500 Euro. Mannheimer erhob Einspruch. Das Verfahren wurde daraufhin eingestellt. Einige Medien hatten Mannheimer als „wegen Volksverhetzung verurteilten Rechtsextremisten bezeichnet. Er klagte wegen falscher Tatsachenbehauptung. Und gewann. (36)

Der Nazi-Mob darf sich durch solche Verfahrensweise deutscher Justiz in seinen Umtrieben bestätigt sehen. Der Mannheimer-Aufruf zum Bürgerkrieg kommt dem Dortmunder Nazi-Versand „Antisemit.it“ äußerst gelegen. „Den Heidenau-Rabatt nutzen“, wirbt er. Sein Angebot: Waffen, Sturmhauben, Pfefferspray, Steinschleudern („50 Stahlkugeln gratis dazu“)- „schlagt zu!“ (37)

Rote-Kreuz-Mitarbeiter und ehrenamtliche Helfer, die Flüchtlinge betreuen und unterstützen, werden als „Verräter“ und „Schweine“ angepöbelt.

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl konstatiert, dass „die rassistische Gewalt längst terroristische Züge angenommen“ hat. In der Tat, die Zahl rassistischer Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte steigt rasant an. 2014 gab es mehr als 150 derartige Übergriffe. Das waren drei Mal so viele wie 2013. Bis Ende August hat es bundesweit 340 Anschläge und Übergriffe auf bezugsfertige oder schon bewohnte Asylheime gegeben. (38)

36 Junge Welt, 29./30. August 2015

37 Junge Welt, 31. August 2015

38 Junge Welt, 5./6. 2015

Eine bürgerliche Zeitung empörte sich über den Aufwind, den faschistische Ideologie und rassistische Gewaltakte auf deutschen Boden erfahren. Sie beschuldigt die Union, sie habe „die lautstarke Minderheit der Fremdenfeinde gefüttert, indem sie stets die Grenzen der Zumutbarkeit betonte. Auf EU-Ebene war ihr Abschreckung wichtiger als eine faire Verteilung der Ankommenden – oder gar legale Einreisewege. Davor jedoch, dass der Mob sich eines Tages als Vollstrecker des Volkszorns aufspielt, hatte es schon sehr früh ernst zu nehmende Warnungen gegeben.“ (39) Soziologen stellen fest, in Medien werde „mehr oder weniger suggeriert, dass wir von den Flüchtlingen überrollt werden.“ (40) „Überfremdungsangst“ und „Furcht vor der „Entheimung““ breiteten sich aus. Nach Meinungsumfragen teilt jeder zweite Deutsche die Angst vor „Überfremdung“. Das gesellschaftliche Klima in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr nach rechts bewegt.

Ursachen und Verursacher des Flüchtlings-Chaos

In der von Massenmedien veröffentlichten Meinung spielen die Ursachen und die Verursacher der größten Fluchtbewegung der Neuzeit kaum eine Rolle. Die Verursacher – Staaten wie Politiker – haben keine Namen.

Nach dem Untergang der Sowjetunion begann der US-Imperialismus als angemessener globaler Führer die Welt „neu zu ordnen“. Papst Franziskus bemerkt dazu: „Auch in unserer Zeit kollidiert das Streben nach Frieden und der Einsatz, ihn aufzurichten, mit der Tatsache, dass in der Welt zahlreiche bewaffnete Konflikte im Gang sind. Es ist eine Art Dritter Weltkrieg, der stückweise geführt wird, und im Bereich der globalen Kommunikation nimmt man ein Klima des Krieges wahr.“ (41)

39 Berliner Zeitung, 24. August 2015

40 Berliner Zeitung, 13. August 2015

41 Bild, 7. Juni 2015

Was mit Jugoslawien begann, fand seine schreckliche Fortsetzung in Afghanistan, im Irak, in Libyen, in Syrien, in der Ukraine. Auch Eritrea und Somalia wurden Objekte geostrategischer Neuordnung. In mehreren afrikanischen Staaten brachen bewaffnete Konflikte aus. Entfacht von Dschihadisten, die als IS oder unter anderem Namen terrorisieren. Nachgeburten der von den USA geführten Kriege in Afghanistan und im Irak. Millionen flüchteten aus ihrer Heimat.

Auch der mit EU-Exportpolitik, mit Landgrabbing und Überfischung afrikanischer Küsten geführte Wirtschaftskrieg veranlasste Menschen, ihre Heimat zu verlassen.

Die große Fluchtbewegung unserer Tage erinnert an die durch unterschiedliche Faktoren ausgelösten Völkerwanderungen in der Spätantike und in späteren Epochen. Wie heute war Krieg nicht selten der Auslöser von Völkerwanderungen. In der Gegenwart erweisen sich als Verursacher die USA als Weltgendarm und ihre um Anteile an der Neuaufteilung der Welt gierenden Verbündeten sowie um Vormacht in ihrer Region kämpfende Staaten wie Saudi-Arabien und die Türkei.

Die US-Administration, Hauptschuldige der Flüchtlingskrise, beobachtet die sich in Europa abspielenden schrecklichen Turbulenzen um die Flüchtlingsbewegung in der Zuschauerloge. Zu vernehmen war lediglich ein zynisches „Lob“, das Washington den „Bemühungen“ der EU um Lösungen der Flüchtlingsproblematik spendete.

Die EU-Mitgliedsstaaten liefern sich unterdessen Wortgefechte um eine Quotenregelung für die Aufnahme von Flüchtlingen. Deutschland, das gegenwärtig um eine Verschärfung des Asylrechts ringt, hat mit seiner aktiven Teilnahme am NATO-Krieg gegen Jugoslawien, mit seinem Ehrgeiz, im andauernden Krieg in Afghanistan das stärkste Truppenkontingent nach den USA zu stellen, mit den BND-„Aufklärungsdiensten“ zur Fortsetzung der Kampfhandlungen in Syrien und seiner Sanktionspolitik gegen die Assad-Regierung wesentlich zum Flüchtlingselend beigetragen.

Neben den Dutzend Auslandseinsätzen der Bundeswehr tragen die profitablen Exporte deutscher Waffenschmieden dazu bei, Vernichtung und Tod zu bringen. Deutschland, das in der Spitzengruppe der Waffenexporte rangiert, hat im ersten Halbjahr 2015 doppelt so viele Rüstungsgüter verkauft wie im Vorjahr. Todbringende Waffen, die, wie das evangelische Hilfswerk „Brot für die Welt“ feststellte, überwiegend in Krisengebiete geliefert wurden, aus denen die meisten Flüchtlinge kommen.

Die führenden imperialistischen Staaten sind dafür bekannt, begangene oder unterstellte Kriegsverbrechen anderer Staaten durch von ihnen geschaffene Gerichte zur Anklage zu bringen.

Ginge es um Recht, um die Achtung und Wahrung des Völkerrechts und der Menschenrechte, so müssten frühere und amtierende Staatsoberhäupter sowie Regierungschefs, müssten NATO-Generalsekretäre, Kriegs- und Verteidigungsminister von NATO-Mitgliedsstaaten vor einen Internationalen Gerichtshof als Angeklagte geladen werden. UN-Flüchtlingskommissar Guterres beklagt: „Es ist erschreckend, dass einerseits diejenigen, die Konflikte beginnen, mehr und mehr straffrei davonkommen...“ (42)

Geschichte wiederholt sich nicht. Doch Ähnlichkeiten in ihrem Ablauf treten zweifellos auf. Der Flüchtlingsstrom in unseren Tagen verdeutlicht es.

Vor 70 Jahren war der Krieg, den das faschistische Deutschland in die Welt getragen hatte, zu seinen Ursprüngen zurückgekehrt. Das im Ergebnis dieses Krieges kleiner gewordene, stark verwüstete und arm gewordene Deutschland musste damals 12 Millionen Flüchtlinge aufnehmen, mit Obdach und Arbeit versehen. Die 12 Millionen waren Landsleute. Ihre Integration ging keineswegs reibungslos ab. Aber sie wurde Wirklichkeit.

70 Jahre später begehren Hunderttausende, die infolge der NATO-Kriege alles verloren und nur noch ihr Leben nach Europa hinübergerettet haben, Sicherheit und Solidarität. Die eu-

42 Der Spiegel, 18/2015

ropäischen NATO-Mitgliedsstaaten, Mitverursacher des Elends, werden durch den Flüchtlingsstrom mit den Folgen ihrer Politik konfrontiert. Die Handlungen der verantwortlichen Politiker schneiden in einem „Spiegel“-Leitartikel nicht gerade gut ab: „Sie reagieren, statt zu agieren“, heißt es da. Und weiter: „Sie flicken hier, sie flicken da. Sie schieben die Flüchtlinge und Immigranten wie Giftmüll hin und her.“ Wären nicht die ungezählten ehrenamtlichen Helfer, die mit Herz, Verstand und helfender Hand zur Stelle sind, da Bürokratie versagt, es stünde schlimm um die Hilflosen.

Die so oft gerühmte, sogenannte westliche Wertegemeinschaft offenbart ihren Charakter, ihr Wesen. Und zwar als kapitalistische Gemeinschaft, die auf der Ausbeutung von Menschen beruht und dem Profitprinzip sowie dem Eigennutz verschworen ist. Eine Gemeinschaft, die nicht nur in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise gespalten ist. Deutschland als Führungsmacht der EU lässt keine Bereitschaft erkennen, die Türen für jene zu öffnen, die Opfer der imperialistischen Neuordnungspolitik geworden sind und nun um Asyl bitten. Das bisherige Regime der Asylpolitik soll möglichst fortgesetzt werden.

Die USA und die von ihnen geführten NATO-Mitgliedsstaaten denken nicht daran, Kurs auf eine friedliche Lösung für die von ihnen angezettelten oder unterstützten Kriege zu nehmen.

Die Konsequenz: Die Zahl der Toten in den von Krieg heimgesuchten Kriegen wird ebenso steigen, wie die Zahl der im Mittelmeer Ertrinkenden und der nach Europa Fliehenden. Die Schlepperindustrie wird weiter Hochkonjunktur haben. Rechts-Extremismus und Rassismus werden in den EU-Ländern weiteren Zulauf verzeichnen.

Das kapitalistische System erweist sich erneut, da humanitäres Handeln und Willkommenskultur oberste Pflicht der Regierungen wäre, als ein System der Unmenschlichkeit.